

ALBANI AKTUELL



Gruppenfoto mit dem neu gewählten, hier nicht ganz vollzählig anwesenden Vorstand des Landesverbandes Oldenburg. Nach Satzungsänderung besteht der geschäftsführende Vorstand aus sieben Mitgliedern. Hinzu kommen zwölf Beisitzer. Einen Bericht zum Landesparteitag finden Sie auf der Seite 4.

AUSGABE Frühling 2019

SEITE 2

Besuch in der IGS/OBS
Augustfehn

SEITE 3

Bundesministerin Karliczek zu
Gast an der BBS Wechloy

SEITE 4

Eindrücke vom Landesparteitag
am 23. März in Friesoythe

SEITE 5

Bund und Länder einigen sich:
Der Digitalpakt kommt.

SEITE 6

Neue Beschlüsse in Berlin:
Wohnraum, Innere Sicherheit,
Zuwanderung

SEITE 7

Vermischtes

SEITE 8

Meine Position zum Terminservice- und Versorgungsgesetz

Liebe Leserinnen und Leser,

die grauen Wintermonate sind vorbei und der Himmel schenkt uns die ersten Sonnenstrahlen. Ein Grund mehr, hinaus auf die Straßen zu gehen und aktiv Wahlkampf zu machen, denn es stehen wichtige Entscheidungen an.

Am 26. Mai wird nicht nur das Europäische Parlament neu gewählt, für das wir im Oldenburger Land mit Dr. Stefan Gehroid und für ganz Niedersachsen mit David McAllister zwei hochkarätige Spitzenkandidaten haben.

Bei uns im Ammerland stehen zusätzlich Bürgermeisterwahlen an. Auch um die Rathäuser in Rastede und Westerstede ist der Wettstreit eröffnet. Hier werde ich bei unseren Kandidaten Alexander von Essen und Markus Berg vor Ort sein und kräftig mit anpacken. In meinem Patenwahlkreis Friesland-Wilhelmshaven stehen ebenfalls Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen an. Ich wünsche Andreas Bruns, Thorsten Krettek und Ralf Seßelberg in Schortens, Bockhorn und Wilhelmshaven viel Erfolg und stehe ihnen gerne zur Seite.

Bald haben Sie zudem die Möglichkeit, einen noch tieferen Einblick in meine Arbeit zu erlangen. Als neues Format wird demnächst der Video-Podcast „Albani & Friends“ verfügbar sein.

AMMERLAND



Die Klasse 6b der IGS/OBS Augustfehn überraschte mich am 6. März mit einem selbstgelöteten Rätsel-Stromkreis, über den heimische Singvögel zuzuordnen waren. Meine Trefferquote wird nicht verraten. Der Stromkreis funktionierte aber völlig einwandfrei. Hut ab!

BESUCH IN AUGUSTFEHN BEI DER IGS/OBS

Da der Europatag, an dem Abgeordnete Schulen zum Thema Europa besuchen sollen, in diesem Jahr in eine Sitzungswoche des Bundestages fiel, bin ich früher aktiv geworden. An der IGS/OBS Augustfehn war der Empfang wirklich atemberaubend. Zunächst starteten die neunten Klassen ein Interview auf der Bühne vor laufenden Kameras – mit professioneller Beleuchtung und Regie. Zwei Schülerinnen befragten mich zu meinen Berührungspunkten mit der EU. Vor allem bei meiner Position zur geplanten EU-Urheberrechtsreform hakten sie nach. In dem Wissen, dass die Aufzeichnung Teil des Films zur 100-Jahr-Feier der Schule sein würde, fiel die

Antwort nicht eben leichter. Warum will Europa den großen Plattformen im Netz Upload-Filter vorschreiben? Wie wirken sie? Ist das nicht Zensur? Wichtig war mir, hierzu auch die Seite derjenigen darzustellen, die geistiges Eigentum erschaffen, etwa in den Bereichen Fotografie, Musik, Design, Literatur und die dabei keine starke Rechtsabteilung im Rücken haben.

Anschließend ging es weiter zur Klasse 6b, die mir ihre Dokumentation zum Projekt Küchengarten vorstellte: Multimedial, zudem konventionell in Handschrift und gestützt durch Zeichnungen sowie mit persönlichen Vorträgen und zuletzt auch mit einem Rätsel-Stromkreis, den ich als gelernter Physiker natürlich sofort auf Herz und Nieren prüfen wollte, dann aber ein wenig

meine Grenzen bei darin platzierten Fragen zur Vogelkunde fand (mein Testergebnis bleibt also Geheimsache). Auch insgesamt war ich schwer begeistert darüber, mit welchem Fleiß, welcher Fertigkeit und Leidenschaft das Projekt Küchengarten aufgebaut worden ist.

Meine nächste
Bürgersprechstunde
in Bad Zwischenahn

30. April

Zum Schluss durfte eine Besprechung mit der Schulleitung zu den neuesten Neuigkeiten in Sachen Digitalpakt nicht fehlen. Überrascht war ich auch hier, dass die OBS/IGS bereits ein sattelfestes, technisch-pädagogisches Konzept erstellt hatte.

OLDENBURG



Kam auf meine Einladung hin Anfang Februar in den Wahlkreis: Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Hier zu Besuch bei den Berufsbildenden Schulen Wechloy. Schulleiter Oliver Pundt empfing sie mit mir und präsentierte ein umfangreiches Programm.

BUNDESMINISTERIN KARLICZEK IN WECHLOY

Eine effektive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Berufliche Bildung. Das war der Tenor beim Besuch von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek am 7. Februar auf meine Einladung hin in den Berufsbildenden Schulen Wechloy. Hundert Gäste aus Politik, Bildungswesen, Wirtschaft und Verbänden waren gekommen, natürlich auch Schülerinnen und Schüler. Die Ministerin betonte, dass uns die Welt um unsere duale Berufsausbildung beneide. Viele Länder fragten bei der Bundesregierung an, wie eine so

breit aufgestellte, flächendeckende Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor funktioniere. Klar ist auch: Für die Fachkräftesicherung ist Berufliche Bildung ebenso wichtig wie akademische, vor allem für den Mittelstand und kleinere Unterneh-

Meine nächste
Bürgersprechstunde
in Oldenburg

19. Juni

men. Deswegen stellen wir aktuell bedeutsame Weichen, etwa durch ein neues Berufsbildungsgesetz, durch modernisierte Ausbildungsgänge und eine bessere Finanzausstattung. Zudem greift auch der

Digitalpakt in den Berufsschulen. Und mit dem 150 Millionen Euro schweren Wettbewerb InnoVET wird der Bund zudem rund 15 Cluster für besonders gute berufliche Bildung in Deutschland fördern. Auch in Oldenburg und dem Ammerland erarbeitet eine schlagkräftige Projektgruppe einen Antrag auf die Bundesmittel. Wie digitale Berufsbildung in der Praxis aussieht, führten die Schülerinnen und Schüler der BBS Wechloy Ministerin Karliczek auf eindruckliche Weise vor: Angehende Automobilkaufleute zeigten digital gestützte Angebotsverfahren; zudem wurde eine Kooperation mit der Universität Oldenburg demonstriert. Ein rundum gelungener Termin.

OLDENBURGER LAND



Die neue Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Oldenburg erhielt ein starkes Votum für ihre künftigen Aufgaben, zudem eine honorierende Rede von Vize-Ministerpräsident Althusmann und – neben neuen Mitgliedern im geschäftsführenden Vorstand, etwa dem Oldenburger CDU-Kreisvorsitzenden Christoph Baak – auch mich als neuen Beisitzer im Vorstand.

EINDRÜCKE VOM LANDESPARTEITAG DER CDU OLDENBURG

Überall im Saal konnte man die Aufbruchsstimmung spüren, die den Parteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg am 23. März in Friesoythe dominierte. Fast 230 Delegierte besuchten die Veranstaltung in der Stadt mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt Deutschlands, bei der auch die Wahl eines neuen Vorsitzenden anstand.

In diesem Fall war es eine Vorsitzende. Mit Silvia Breher wurde zum ersten Mal eine Frau an die Spitze des traditionsreichen Landesverbandes gewählt. „Ich habe mich auf das schönste Amt in der CDU bundesweit beworben“, sagte die 45-jährige Bundestagsabgeordnete unter kräftigem Beifall.

Mit über 94 Prozent der Stimmen hatte die Rechtsanwältin ein kräftiges Votum erhalten. Breher folgt auf

Franz-Josef Holzenkamp, der das Amt zehn Jahre lang innehatte und auch als Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Cloppenburg-Vechta ihr Vorgänger war.

Hauptgastredner Paul Ziemak, frisch gewählter Generalsekretär der CDU Deutschlands, nannte die geborene Löningerin bei seiner Gratulation freundschaftlich-witzelnd „Die mit der Frisur“. Inhaltlich ging der ehemalige JU-Bundesvorsitzende direkt auf das Tagungsthema „Unsere Zukunft in einem modernen Europa“ ein. Das war eine Steilvorlage für den oldenburgischen Europaabgeordneten, Dr. Stefan Gehroid: Er schwor die insgesamt knapp 300 Anwesenden auf die anstehenden Europawahlen am 26. Mai ein. Diese seien wichtiger denn je, da europaweit Populisten von links wie rechts noch zu viel Zulauf erhielten. Der Saal bekräftigte seinen Aufruf mit starkem Applaus.

Doch nicht nur europäische Beziehungen sind wichtig, um in einer globalen Welt standzuhalten, betonte kein geringerer als unser stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann. Er kehrte direkt von einer Delegationsreise aus Japan nach Friesoythe zurück. Die zu schwache Wahlbeteiligung von 49,1 Prozent bei der letzten Europawahl gelte es am 26. Mai zu übertreffen. Zugleich lobte er die Teams der Kandidatinnen und Kandidaten für die vielerorts zeitgleich stattfindenden Wahlen für die Hauptverwaltungsbeamten. Erfreut waren die Anwesenden zudem über Grußworte der Vorsitzenden der Bezirksverbände Hannover und Osnabrück-Emsland, Dr. Maria Flachsbarth sowie Dr. Matthias Middelberg. Ich nehme sehr positive Eindrücke mit und freue mich, künftig als Beisitzer im neuen Landesvorstand mitwirken zu dürfen.

DIGITALPAKT KOMMT



Seit der Föderalismusreform 2006 wurde über das sogenannte Kooperationsverbot in Bildungsfragen gestritten. Im Hochschulbereich wurde es bereits 2013 gelockert. Seit 2019 kann der Bund die Kommunen nun auch im Schulwesen unterstützen.

EINIGUNG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN NACH HARTEN VERHANDLUNGEN

Der langjährige Streit um das sogenannte Kooperationsverbot in Bildungsfragen zwischen Bund und Ländern ist befriedet: Mit dem Kompromiss des Vermittlungsausschusses von Mitte Februar zur Änderung des § 104c Grundgesetz darf der Bund künftig Bildungseinrichtungen unabhängig von der Haushaltslage der Kommune finanziell fördern. Damit ist der Weg frei für den 5,3 Milliarden Euro starken Digitalpakt, der Schulen in ganz Deutschland helfen wird, ihre digitale Infrastruktur zu verbessern. Noch im Februar und speziell Anfang März

besuchte ich im Ammerland und Oldenburg mehrere Schulen, um vor Ort über die Fördermöglichkeiten zu sprechen und meine Unterstützung zuzusichern.

Der Digitalpakt ist ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben der Großen Koalition: Glasfaseranschlüsse, breitere WLAN-Ausleuchtung, digitale Arbeitsgeräte wie interaktive Tafeln oder – speziell im Berufsschulkontext – VR-Brillen. Auch darf der Bund nun die an Schulen notwendigen IT-Administratoren oder die Digitalqualifikationen von Lehrkräften fördern.

Die genaue Ausgestaltung der Förderung regelt das jeweilige Land in einer eigenen Förderrichtlinie und kümmert sich

gemeinsam mit der Kommune um das pädagogische Konzept, die Qualifizierung von Lehrkräften und die Betreuung sowie Wartung der neuen Digitalausstattung. Ich war direkt an den Verhandlungen beteiligt und halte den Kompromiss für wegweisend, vor allem, weil die Einigung am Grundsatz der Kofinanzierung durch die Länder festhält. Auch wenn es dabei keine hälftige Aufteilung mehr geben soll, ist es den Ländern nicht möglich, ihre Ausgaben zu reduzieren, wenn es neue Mittel vom Bund gibt. Das ist gut! Lange strittig blieben die Kontrollrechte des Bundes bezüglich der Mittelverwendung durch die Länder. Hier wird es entsprechende Berichtspflichten geben.

BERLIN



Vom 12. bis 15. März konnte ich knapp 50 Ehrenamtliche im Rahmen einer Bildungsfahrt nach Berlin im Bundestag begrüßen. Anderthalb Jahre hatten die Integrationslotsen der Stadt Oldenburg, Kräfte des THW und der Freiwilligen Feuerwehr Haarentor warten müssen, so begehrt sind die Bildungsreisen des Bundespresseamtes auf Einladung eines Bundestagsabgeordneten inzwischen. Umso mehr war es mir eine Freude, den Ehrenamtlern ein kleines Dankeschön für ihr Engagement bieten zu können.

NEUE BESCHLÜSSE IN BERLIN

Bezahlbarer Wohnraum

- 13 Milliarden Euro in dieser Legislatur für sozialen Wohnungsbau, Baukindergeld, Wohngeld und Städtebau => Rekordniveau.
- Bei 10 Prozent mehr Miete als ortsüblich => Auskunftsspflicht des Vermieters über Vormiete
- Vergaben im Bau => flexibler für kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften
- Änderung GG 15 => Bund kann Länder beim sozialen Wohnungsbau finanziell unterstützen

Innere Sicherheit

- 160 Millionen Euro bis 2022 vom Bund für Einsatzfahrzeuge bei Feuerwehr und Rettungsdiensten
- plus 7.500 Stellen beim Bund vereinbart, davon 4.000 Stellen für Bundespolizei und BKA bis Ende 2019
- 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte, schnellere Digitalisierung bei Justiz und Polizei. Auch der Opferschutz wird verbessert. 220 Millionen Euro erhalten die Länder vom Bund für diesen Pakt für den Rechtsstaat.

Zuwanderung

- Mitwirkung von anerkannten Asylbewerbern bei Widerrufs- und Rücknahmeverfahren ab sofort verpflichtend
- Kein Familiennachzug mehr für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiärer Schutz).
- Nachzug nur aus humanitären Gründen von maximal 1.000 Angehörigen pro Monat
- Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien künftig sichere Herkunftsstaaten: Votum Bundesrat steht aus

VERMISCHTES

Am 8. März durfte ich die brandneue Industrie-4.0-Anlage am BZTG Oldenburg mit Schulleiter Gert Mora Motta und Schulamtsleiter Matthias Welp an die Schüler/innen übergeben. Die Produktionsanlage bietet gut 1.000 Auszubildenden der Elektro- und Metallbranche eine optimale Vorbereitung auf die digitale Arbeitswelt. Sämtliche Komponenten inklusive externer Geräte sind vernetzt und mit einer Cloud verbunden. Abgebildet wird der gesamte digital vernetzte Prozess von der Bestellung über die Produktion bis zur Auslieferung. Mein Fazit: Hier entsteht etwas von überregionaler Bedeutung.



Mit meiner Kollegin Silvia Breher setze ich mich im Bundestag immer wieder für die Menschen und Unternehmen im ländlichen Raum ein. Aktuell arbeiten wir in unserer Fraktion an Konzepten zur Förderung der reichhaltigen Kultur auf dem Land. Wir wollen Kreativität, Brauchtum und Traditionen gleichermaßen bewahren. Und im gleichen Atemzug wollen wir Innovationen fördern, die aus dem Mittelstand der kleineren Städte und Gemeinden stammen. Denn hier geben sich Heimat und Zukunft tagtäglich die Hand.

Nicht nur will ich Alexander Prox zur Wiederwahl als Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Oldenburg gratulieren. Das Votum beim Landesmittelstandstag in den Räumen der DEULA GmbH Westerstede war ein starkes. Zugleich darf ich mich überdies herzlich bedanken, dass mich die MIT neben Alexander Prox als Kandidaten für den MIT-Bundesvorstand aufgestellt hat, der am 27./28. September in Kassel gewählt wird.



#StarkerStaat: Unter diesem Hashtag kommunizieren Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Länderparlamente in den sozialen Medien über umgesetzte und anstehende Vorhaben, um den Rechtsstaat zu stärken. Diskutieren Sie mit, sagen Sie Ihre Meinung: Einfach #StarkerStaat auf Facebook u. Instagram suchen und loslegen.

MEINE POSITION

DARUM HABE ICH NICHT FÜR DAS TSVG GESTIMMT

Protokollerklärung nach Paragraph 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages – 19. Wahlperiode – 86. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 14. März 2019, Stephan Albani (CDU/CSU):

Das TSVG (Terminservice- und Versorgungsgesetz) sieht Verbesserungen bei der Heilmittelversorgung vor, etwa die Einführung der Blankoverordnung in die Regelversorgung, die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung und bundesweite Vereinheitlichung der Höchstpreise. Zu begrüßen sind ferner die Vereinheitlichung der Zulassungsempfehlungen und dass Verträge künftig auf Bundesebene verhandelt werden. Das sind wesentliche Verbesserungen für alle Physiotherapeuten.

Zu begrüßen ist weiter, dass die Regelungen zur psychotherapeutischen Behandlung zunächst einmal ausgeklammert wurden und neue notwendige Regelungen in der Psychotherapie-Richtlinie durch den Gemeinsamen Bundesausschuss, G-BA, erarbeitet werden sollen. Sehr zu begrüßen ist die Streichung der zusätzlichen Abschläge für Impfstoffpreise, die ein wichtiges Signal für den Impfschutz und den Kampf gegen Humane Papillomviren und Gebärmutterhalskrebs darstellt.

Die flächendeckende Einfuhr der elektronischen Patientenakte und Zugriff über Smart-

phones sind zu begrüßen, doch fehlt hier eine Regelung zur Forschungsoffenheit. Mit der elektronischen Patientenakte entsteht ein wichtiger Datenschatz, der für die Patienten in Deutschland lebenswichtige Daten enthalten kann, um Behandlungen und Versorgung zu verbessern.

Das TSVG zielt auf eine schnellere Terminvergabe für gesetzlich Versicherte und die Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Arztpraxen künftig mindestens 25 Stunden pro Woche statt bisher 20 Stunden für Kassenspatienten freihalten. Bestimmte Facharztgruppen müssen mindestens 5 Stunden als offene Sprechstunde, das heißt ohne vorherige Terminvereinbarung, anbieten. Gegenwärtig arbeiten Praxisinhaber allerdings im Durchschnitt 51,5 Wochenstunden. Gesetzlich versicherten Patienten stehen davon ca. 35,8 Wochenstunden zur Verfügung.

Auf Privatpatienten entfallen 5,8 Stunden. Den geplanten 5 Stunden offener Sprechstunde stehen mithin keine freien Kapazitäten gegenüber. Zu befürchten ist vielmehr, dass die Regelung zur Umwandlung bisheriger Terminkapazitäten von GKV-Patienten in offene Sprechstunden führt.

Die deutlichen Verbesserungen des TSVG im Bereich Physiotherapie, Heilmittelerbringung und Impfschutz kön-

nen die Einschränkungen bei der Terminvergabe indes nicht aufwiegen, da der Kern des Gesetzes eine verbesserte Terminversorgung sein soll, die durch die Regelung zur offenen Sprechstunde in Frage gestellt wird.

Daher kann ich dem Gesetz nicht zustimmen und enthalte mich der Stimme.